

Informationsblatt Datenschutz Wohnraum

Datenschutzhinweise für die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für Bewerber*Innen und Mieter*Innen von Wohnraum in Studierendenwohnanlagen des Studierendenwerks Bremen AÖR.

Name und Anschrift des Verantwortlichen

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist das:

Studierendenwerk Bremen AÖR (Anstalt des öffentlichen Rechts)
vertreten durch den Geschäftsführer Hauke Kieschnick
Bibliothekstraße 7 / Studentenhaus
28359 Bremen
E-Mail: gf@stw-bremen.de
Telefon: 0421 - 2201 – 100 02

Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter des Studierendenwerks Bremen AÖR ist

Herr Andreas Bargmann
Bibliothekstraße 7 / Studentenhaus
28359 Bremen
E-Mail: datenschutz@stw-bremen.de
Telefon: 0421 - 2201 - 111 01

Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie auch unter:

www.stw-bremen.de/de/datenschutz

Zweck und Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Studierendenwerk Bremen AÖR (im Folgenden „Studierendenwerk“) verarbeitet personenbezogene Daten, die es im Rahmen der Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags benötigt. Für die Vergabe von Wohnraumplätzen in den Studierendenwohnanlagen wird ein Bewerbungsverfahren unter Verwendung von schriftlichen Wohnraumanträgen nebst Nachweisen der/des Studierenden (im Folgenden: „betroffene Person“) eingesetzt. Eine Bewerbung begründet jedoch keinen Rechtsanspruch auf den Abschluss eines Mietvertrages. Sofern ein Mietvertrag zustande kommt, werden die Bewerbungsdaten zum Zweck des Abschlusses des Mietvertrages verwendet. Das Studierendenwerk erhebt und verarbeitet die Daten, die die betroffene Person dem Studierendenwerk im Zusammenhang

mit der Bewerbung um einen Wohnanlagenplatz für Studierende, beim Abschluss des Mietvertrags oder im Rahmen des laufenden Mietverhältnisses bzw. bei dessen Beendigung zur Verfügung stellt. Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich direkt bei der betroffenen Person erhoben.

Die Daten werden zur Begründung, Durchführung und Beendigung des Mietverhältnisses verarbeitet.

Der Name der betroffenen Person wird auch dazu verwendet, die jeweilige Klingel, den Briefkasten und das Türschild in der Wohnanlage zu beschriften. Insbesondere bei Mehrpersonenappartements kann es je nach baulichen Gegebenheiten vorkommen, dass es eine gemeinsame Klingel und einen gemeinsamen Briefkasten gibt.

Falls die betroffene Person ein Key Tag MC (Schlüsseltransponder) oder einen Zugangscodes erhält (elektronische Schließanlage), werden funktionsbedingt Informationen, z.B. über die Zuordnung des Schlüssels bzw. Berechtigungscode und die Uhrzeit, der jeweiligen Nutzung gespeichert. Diese Daten werden nur zur Betriebssicherheit und Wartung und ggf. zur Aufklärung bei einem Missbrauchsverdacht verarbeitet.

Bei der Nutzung von Maschinen oder technischen Geräten in den Wohnheimen können Betriebsdaten oder Protokolldaten der genutzten Maschinen und Geräte verarbeitet werden, die je nach Standort oder Nutzungssituation eventuell einen Personenbezug haben können. Diese Daten werden nur zur Betriebssicherheit und Wartung und ggf. zur Aufklärung bei einem Missbrauchsverdacht verarbeitet.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten der betroffenen Person ist Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b und c DSGVO für die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Bewerbung, dem Wohnraummietvertrag und zur Erfüllung aller in diesem Zusammenhang bestehenden Rechtspflichten. Soweit das Studierendenwerk Dienstleister einschaltet, um das Mietverhältnis zu begründen oder durchzuführen, und soweit technische Hilfsmittel oder Geräte im Zusammenhang mit dem Mietverhältnis eingesetzt werden, erfolgt dieses auf der Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO mit dem berechtigten Interesse an einer effizienten Durchführung der Dienstleistungen des Studierendenwerks.

Soweit die Verarbeitung auf einer Einwilligung der betroffenen Person basiert, stellt Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO die Rechtsgrundlage dar. Bei Widerruf der Einwilligung behält das Studierendenwerk sich die weitere Verarbeitung auf Basis einer anderen Rechtsgrundlage ganz oder teilweise vor.

Sollten die Daten ggf. zur Rechtsverfolgung erforderlich sein, kann eine Datenverarbeitung auf Basis der Voraussetzungen von Art. 6 DSGVO, insbesondere zur Wahrnehmung von berechtigten Interessen nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO, erfolgen. Das Interesse des Studierendenwerks besteht dann in der Geltendmachung oder Abwehr von Ansprüchen.

Im Rahmen eines Mietvertrags muss die betroffene Person diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung des Mietverhältnisses und für die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung das Studierendenwerk gesetzlich verpflichtet ist. Ohne diese Daten ist das Studierendenwerk nicht in der Lage dazu, den Mietvertrag mit der betroffenen Person durchzuführen. Alle anderen Angaben sind freiwillig. Falls Angaben einer Bewerbung um einen Wohnanlagenplatz nicht vollständig sind, kann es sein, dass kein Mietverhältnis zustande kommt.

Verarbeitung und Weiterleitung der Daten

Bei dem Studierendenwerk verarbeitet vor allem das Dezernat Bauen, Wohnen, Recht, dort insbesondere das Sachgebiet Studentisches Wohnen, die Daten. Dort werden sowohl die Wohnraumanträge bearbeitet als auch die Mietverträge (Begründung, Durchführung, Abwicklung etc.) verwaltet. Dazu gehört auch die technische Betreuung des Mietverhältnisses, z.B. Wohnungsabnahmen. Ebenso werden Instandhaltungen, Wartungen etc. durchgeführt, z.B. durch das Sachgebiet Bauwesen und Bedarfsplanung.

Die laufenden Mieten, Kautionen etc. werden von dem Dezernat Rechnungswesen eingezogen und verwaltet. Sofern die betroffene Person dem Studierendenwerk möglicherweise auf freiwilliger Basis ein SEPA-Lastschriftmandat erteilt hat, werden die Daten an die Bank weitergeleitet.

Bei einem erfolglosem Mahnverfahren oder sonstigen Streitigkeiten etc. im Zusammenhang mit der Vergabe und Vermietung von Wohnheimplätzen werden die notwendigen Daten intern an die Dezernate Rechnungswesen und/oder Bauen, Wohnen, Recht und/oder extern an einen Rechtsanwalt weitergeleitet.

Des Weiteren werden die personenbezogenen Daten durch die Stabstelle Informationstechnik aus Administrationsgründen zur Sicherstellung der Programmabläufe verarbeitet.

Im Studierendenwerk haben grundsätzlich nur Personen Zugriff auf die personenbezogenen Daten, die dies für den ordnungsgemäßen Ablauf des Verfahrens benötigen.

Bezüglich der Internetversorgung bedient sich das Studierendenwerk eines Dienstleisters, der die personenbezogenen Daten verarbeitet, z.B. bei Störungsbearbeitungen,

Ausbau/Erweiterungen/Änderungen der Internetversorgung und der dazu erforderlichen Hardware etc. Ebenso erfolgt die Administration der elektronischen Schließanlagen durch einen Dienstleister.

Für die Bewerberverwaltung, Vergabe und Verwaltung der Wohnheimplätze nutzt das Studierendenwerk einen spezialisierten Software-Anbieter. Dieser wird ebenfalls als Dienstleister für das Studierendenwerk tätig.

Die Dienstleister können im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit für das Studierendenwerk, (z.B. Wartung und Pflege) gegebenenfalls auch Kenntnis von den personenbezogenen Daten der betroffenen Person erhalten. Die Datenschutzvorschriften werden dabei beachtet.

Weitere Empfänger der Daten können auch sonstige externe Dienstleister sein, zum Beispiel Reinigungsunternehmen und Handwerksunternehmen, allerdings immer nur soweit dies erforderlich ist und im Rahmen der festgelegten Zwecke und unter Beachtung des Datenschutzes.

Speicherdauer der Daten

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Die Bewerbung wird ab Antragstellung 48 Monate gespeichert. Nach dieser Zeit wird die Bewerbung automatisch gelöscht, wenn kein Mietvertrag zustande gekommen ist und die betroffene Person sie nicht vor Ablauf des Zeitraums aktualisiert hat. Sofern ein Mietvertrag zustande kommt, werden die Daten für die Dauer des Mietverhältnisses gespeichert und nach Ende der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten von 6 Jahren nach Ende der Mietzeit gelöscht.

Rechte als betroffene Person

Bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten gewährt die DSGVO der betroffenen Person folgende Rechte:

1. Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO)

Die betroffene Person hat das Recht eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

2. Recht auf Berichtigung und Löschung (Art. 16 und 17 DSGVO)

Die betroffene Person hat das Recht, unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.

Sie hat zudem das Recht, zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer einer etwaigen Prüfung.

4. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

In bestimmten Fällen, die in Art. 20 DSGVO im Einzelnen aufgeführt werden, hat die betroffene Person das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, zu übermitteln und soweit technisch machbar, an einen Dritten übermitteln zu lassen.

5. Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)

Sofern Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f erhoben (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen) werden, steht der betroffenen Person das Recht zu, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen.

Grundsätzlich kann der Widerspruch formfrei erfolgen. Aus Nachweisgründen wird jedoch um Zusendung per Post oder E-Mail mit dem Betreff „Widerspruch“ unter Angabe des Namens und der Adresse der betroffenen Person zu folgender Kontaktadresse gebeten:

Studierendenwerk Bremen AöR (Anstalt des öffentlichen Rechts)

Sachgebiet 51/Studentisches Wohnen

Bibliothekstraße 7 / Studentenhaus

28359 Bremen

E-Mail: wohnraumvermittlung@stw-bremen.de

Sofern berechtigt Widerspruch eingelegt wird, werden die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

6. Recht auf Widerruf von Einwilligungen

Für den Fall, dass die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, hat die betroffene Person das Recht, die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die bis zum Widerruf erfolgte Datenerhebung bleibt rechtmäßig.

Grundsätzlich kann der Widerruf formfrei erfolgen. Aus Nachweisgründen wird jedoch um Zusendung per Post oder E-Mail mit dem Betreff „Widerruf“ unter Angabe des Namens und der Adresse der betroffenen Person zu folgender Kontaktadresse gebeten:

Studierendenwerk Bremen AÖR (Anstalt des öffentlichen Rechts)

Sachgebiet 51/Studentisches Wohnen

Bibliothekstraße 7 / Studentenhaus

28359 Bremen

E-Mail: wohnraumvermittlung@stw-bremen.de

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass möglicherweise auch nach dem Widerruf einer Einwilligung ganz oder teilweise eine weitere Datenverarbeitung stattfindet, wenn es dafür eine weitere gesetzliche Rechtsgrundlage gibt (siehe dazu z.B. auch unter „Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten“).

7. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Die betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs gemäß Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des Aufenthaltsorts, des Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes der betroffenen Person geltend gemacht werden

In Bremen ist dieses zum Beispiel die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit der Freien Hansestadt Bremen, Arndtstraße 1, 27570 Bremerhaven (Telefon: 04 21/361-2010; Telefax: 04 21/496-18495; E-Mail:

office@datenschutz.bremen.de; Homepage: <http://www.datenschutz.bremen.de/>)

Die Kontaktdaten weiterer Aufsichtsbehörden in Deutschland können unter

https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Anschriften_Links/anschriften_links-node.html

eingesehen werden.

8. Allgemeines

Ist beabsichtigt, die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie ursprünglich erhoben wurden, so stellt das Studierendenwerk der betroffenen Person vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.

Ende